

passung an die Zerrüttung unseres oft noch als stabile Größe fingierten Wertmessaßes, so ist die Gefahr unverkennbar, daß der Buchhandel auch seinen kulturellen Pflichten binnen kurzem nicht mehr nachkommen kann. Immer wieder wird, wenn mit derartigen Hinweisen gegen Preiserhöhungen im Buchhandel Stellung genommen wird, übersehen, daß auf eine solide kaufmännische Grundlage nicht verzichtet werden kann, und daß auch das innerlich wertvollste geistige Gut, als Ware in den Wirtschaftsprozeß eingefügt, seinen Gesetzen unterliegt.

Die Schwierigkeiten, mit denen der deutsche Verlagsbuchhandel zu kämpfen hat, führen bekanntlich letzten Endes auf das fortgesetzte Anziehen der Kohlenpreise zurück; denn jede Verteuerung dieses Urstoffes unserer Wirtschaft äußert sich nicht nur in einer Preiserhöhung jeglicher Waren, sondern auch in einer Steigerung aller Löhne und Gehälter. Es genüge hier die Andeutung, daß Papier — überdies in verminderter Güte — bereits am Ende des vergangenen Jahres mindestens das Dreifache des Preises der Vorkriegszeit, Satz und Druckarbeiten etwa das Sechsfache, Broschur- und Bindelkosten das Fünfzehn- bis Zwanzigfache kosteten. Wenn demgegenüber die Bücherpreise bis vor kurzem das Sieben- bis Zehnfache des Vorkriegspreises nicht überschritten, so hat dies in einer Hintanziehung von Autoren- und Verlegerinteressen seinen eigentlichen Grund. Es liegt aber auf der Hand, daß die Furcht vor der erlahmenden Aufnahmefähigkeit des Marktes nicht dauernd zu ruhmlosen Opfern und falscher Preisbildung führen kann.

Das Papier ist in seiner Preissteigerung weit über das Maß der inländischen Entwertung unseres Geldes hinausgegangen. Damit wird der Papierpreis im Gegensatz zu der Vorkriegszeit zu einem bedeutsamen Faktor bei der Preisbildung. Vielfache Klagen aus dem Kreise unserer Verlegermitglieder haben auf diesen Übelstand hingewiesen. Wir haben uns mit den zuständigen Behörden und mit den Fachvertretungen der Papierhersteller in Verbindung gesetzt. Im Januar dieses Jahres haben eingehende Verhandlungen, an denen alle an der Papierherstellung und -verarbeitung interessierten Kreise beteiligt waren, unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichswirtschaftsministeriums stattgefunden. In dieser Aussprache sowie in früheren und späteren Verhandlungen wurde bestätigt, daß zu der großen Steigerung der Papierpreise vor allem die hohen Gesehungskosten für Papierholz und Kohle Veranlassung gaben. Die hohen Holzpreise sind zum Teil dadurch bedingt, daß die Nachfrage das Angebot übersteigt und zurzeit aus den russischen Randstaaten, die früher einen großen Prozentsatz des deutschen Papierholzes geliefert hatten, die nötigen Mengen nicht beschafft werden können. Es wäre zu begrüßen, wenn man sich auch bei den einzelnen Landesregierungen erinnerte, daß sich die bisherige Holzpreispolitik im Buchhandel und damit in der geistigen Ernährung des Volkes unheilvoll auswirken muß.

In weiteren Verhandlungen der Papierverarbeiter einschließlich des Verlages mit den Papierfabrikanten wurde dargelegt, daß die Abwälzung des gesamten Risikos, das den Papierfabrikanten bei der jetzigen Preispolitik hinsichtlich der Rohstoffe zufällt, auf den Papierverbraucher nicht angängig sei. Geschäftsbedingungen, die einerseits bei einer Veränderung der Wirtschaftslage dem Papierfabrikanten den Rücktritt vom Vertrage gestatten, andererseits aber von dem Besteller bei langfristiger Lieferzeit eine Anerkennung des zur Zeit der Lieferung geltenden Konventionspreises von vornherein fordern, seien unbedingt zu beanstanden.

Die Pappenpreise, die in der Unkostenrechnung des Buchhandels eine gewichtige Rolle spielen, betragen in der Vorkriegszeit 10.— bis 12.— M. pro 100 Kilo, jetzt 900.— bis 1000.— M., sodaß hier eine annähernd hundertfache Steigerung eingetreten ist.

Auch die Buchdruckpreise haben im Laufe des letzten Geschäftsjahres weitere ganz erhebliche Erhöhungen erfahren. Auch hier ist oft die Frage aufgeworfen, ob die Steigerung der Materialkosten und besonders der Löhne die geforderten Erhöhungen in vollem Umfange rechtfertigt. Viele wissenschaftliche Zeitschriften haben bereits infolge der zu hohen Gesehungskosten ihr Erscheinen einstellen müssen; andere Werke konnten nicht

herausgebracht werden. Ein in München zwischen Verlegern und Buchdruckern unter Mitwirkung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft erörterter Gedanke ging dahin, Erwerbslose des Buchdruckgewerbes mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen und in solchen Notstandsarbeiten von der Wissenschaft dringend benötigte Neuerscheinungen herzustellen. Im Wege der sogenannten produktiven Erwerbslosensfürsorge sollten vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung Gelder zur Verfügung gestellt werden, mit denen die Löhne der für die Arbeiten eingestellten Erwerbslosen sowie der infolge der Arbeiten nicht Entlassenen ganz oder zum Teil bestritten werden sollten. In den gemeinsamen Verhandlungen der Vertreter des Börsenvereins und der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft mit dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker und dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung wurde vereinbart: Insofern Erwerbslose bei Druckarbeiten Beschäftigung finden, die von der Notgemeinschaft materiell oder ideell unterstützt werden, werden aus Mitteln der produktiven Erwerbslosensfürsorge Zuschläge gewährt, die eine Senkung der Druckpreise zulassen. Es ist zu hoffen, daß dieses Verfahren, mit dem einzelne erfolgreiche Versuche bereits gemacht worden sind, kraft der Unterstützung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft den Verlegern das Erscheinen mancher innerlich wertvollen Werke ermöglicht.

Die Neigung des Verlages, die Bücherpreise so vorsichtig zu erhöhen, als stünde seine Ware außerhalb der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, hat für den Sortimentbuchhandel zur Folge, daß die früher gewährten Rabatte, auch bei einer geringfügigen Erhöhung, keine ausreichende Gewinnspanne mehr bieten. Läßt sich der Verlag bei der Erhöhung seiner Preise nur von der Entwicklung der tatsächlich aufgewandten Produktionskosten leiten, so bleibt das Sortiment entscheidend abhängig von derjenigen der allgemeinen Geschäftskosten. Die Kurve der Steigerung dieser Unkosten und die Kurve der Steigerung jener Produktionskosten laufen nun nicht parallel. Das Mißverhältnis wird um so größer, je mehr die Herstellung durch den Verleger und die Abnahme durch den Sortimenter zeitlich auseinanderfallen. Der Sortimenter sieht sich daher geschädigt, wenn er bei der Festsetzung seiner Bruttoeinnahmen an die Kurve gebunden ist, die dem Wesen seiner eigenen Geschäftsbedingungen nicht entspricht und überdies auf einem überholten Geldstande beruht. Er hat sich deshalb schon in der Hauptversammlung 1921 nur unter schwersten Bedenken entschlossen, ein System preiszugeben, das ihn befähigt, seine Verkaufspreise durch bewegliche Zuschläge zu regulieren und das genannte Mißverhältnis in elastischer Weise zu vermindern. Immerhin lautete der Hauptversammlungsbeschluß, daß die Notstandsordnung zwar bis Kantate 1922 gültig bleiben soll, daß aber, sobald in Gruppenvereinbarungen Bezugsbedingungen festgelegt werden, die einen Verzicht auf den Teuerungszuschlag ermöglichen, hierdurch die Bestimmungen der Notstandsordnung ersetzt werden. Die ordentliche Hauptversammlung hatte also einen dahingehenden Antrag der von der außerordentlichen Hauptversammlung eingesetzten Kommission einstimmig angenommen. Man gab sich offenbar auf beiden Seiten der Hoffnung hin, daß im Wege einer Rabatterhöhung der feste Ladenpreis wieder herzustellen sei, und daß auf die angegedeutete Weise die Notstandsordnung am Tage ihres juristischen Ablaufs bereits praktisch außer Kraft gesetzt sein werde.

In der Tat haben auch Gruppenbildungen und Gruppenverhandlungen in größerem Stil stattgefunden, ohne daß es aber gelungen wäre, zu der im wissenschaftlichen Verlag erzielten Einigung auch in den übrigen Zweigen des Buchhandels zu gelangen. Es liegt dies nach unserer Überzeugung weit weniger am Mangel an gutem Willen als an der Zuspitzung unserer Wirtschaftskrisis. Auch war die Erwägung hemmend, daß eine den Wünschen des Sortiments entsprechende Erhöhung des Rabatts, so berechtigt sie auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen erscheint, bei einer Stabilisierung unserer Wirtschaft und weiteren Bücherpreiserhöhungen nicht mehr aufrecht zu erhalten sein würde, daß dann aber ein Abbau nicht oder nur unter den schwersten Kämpfen gelingen könne.

Obgleich also zunächst für die Beibehaltung eines elastischen Sortimentenzuschlages ohne Zweifel gewichtige Gründe sprechen,